







Bürgermeister für einen starken Automobilstandort Deutschland

- Für eine zukunftsfähige Automobilwirtschaft und einen Stopp der Deindustrialisierung
- Für eine Automobilwirtschaft als Innovationstreiber im globalen Transformationsprozess und große Schritte Richtung Klimaneutralität
- Für international wettbewerbsfähige Standortbedingungen
- Wir unterstützen sämtliche klimafreundliche Antriebstechnologien gleichermaßen

Sehr geehrte Präsidentin der Europäischen Kommission, sehr geehrte Kommissarinnen und Kommissare,

wir, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bedeutender Automobilstandorte in Deutschland, wenden uns an Sie, um auf die akute Gefahr der Deindustrialisierung hinzuweisen. Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselbranche für Wachstum, Innovation und Wohlstand in Europa. Wir fordern daher unverzügliche Maßnahmen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und ihre industrielle Substanz zu erhalten.

Industriearbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung sind nach wie vor die Basis unseres Wohlstands. Die Automobilwirtschaft nimmt dabei eine herausragende Rolle ein. Marken wie Mercedes, BMW, Audi, Volkswagen und Porsche stehen nicht nur für wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch für die Leistungsfähigkeit und den Innovationsgeist unserer Unternehmen und Beschäftigten. Doch genau diese industrielle Substanz erodiert zunehmend – mit weitreichenden Folgen für Deutschland und Europa.

Immer weniger Autos werden bei uns gebaut. Hersteller und Zulieferer verlagern ihre Produktionsstandorte, bauen Arbeitsplätze ab oder schließen Produktionsstandorte ganz. Damit gerät die Grundlage unseres Wohlstands in Gefahr. Bereits heute ist Deutschland der wachstumsschwächste G7-Staat.

Die Automobilindustrie steht dabei vor immensen Herausforderungen: Sie soll ambitionierte Klimaziele erreichen und zugleich in einem globalen Markt bestehen, der durch zunehmende Handelshemmnisse und Marktverzerrungen geprägt ist.

Es ist viel Vertrauen zerstört worden, auch durch emotional aufgeladene Debatten und Beschlüsse sowie ruckartige Veränderungen der Förderkulissen. Gleichzeitig braucht es dringend Investitionen in neue industrielle Kapazitäten im Bereich der E-Mobilität, in den Ausbau der Schnellladesäulen, in die Wasserstoffproduktion und -versorgung und insbesondere den Ausbau der Stromnetze.

Darüber darf auch die soziale Frage nicht außer Acht gelassen werden: Fahrzeuge müssen für breite Bevölkerungsschichten bezahlbar bleiben.

Wirtschaftliche Dynamik entsteht durch Innovationsfreude, nicht durch Verbote. Europa braucht wieder eine echte Leistungs- und Wettbewerbskultur.

Doch unsere Automobilstandorte geraten zunehmend ins Hintertreffen – nicht nur durch hohe Kosten, sondern auch durch überbordende Bürokratie, lange Genehmigungsverfahren, einen Mangel an verfügbaren Flächen und einen zunehmenden Fachkräftemangel.

Zu den Kostentreibern zählen auch Strafzahlungen in Milliardenhöhe. Die aktuell geltenden CO₂-Flottengrenzwerte berücksichtigen nicht ausreichend die Transformationszyklen der Industrie. Innovationen wie synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff brauchen Zeit zur Marktdurchdringung. Eine Aussetzung der Strafzahlungen ermöglicht Planungssicherheit und Investitionen in emissionsarme Technologien.

Wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister fordern von der EU-Kommission:

- Ein klares Bekenntnis zur deutschen Automobil- und Automobilzuliefererindustrie als Schlüsselindustrie des Wirtschaftsstandorts und damit für Arbeit, Wohlstand und Stabilität!
- 2. Offenheit bei der Antriebstechnologie statt Verbrennerverbot. Neben der Elektromobilität sollen weitere klimafreundliche Antriebsarten inklusive Plug-In-Hybriden grundsätzlich ermöglicht werden.
- 3. Schaffen Sie gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa, damit eine exportorientierte und global ausgerichtete Automobilwirtschaft wieder hier investiert. Setzen Sie sich ein für offene Grenzen und Märkte, aber nur mit fairen Regeln für alle!
- 4. Die Strafzahlungen der Automobilhersteller an die EU wegen des Nichterreichens der CO₂-Flottengrenzwerte müssen ausgesetzt werden.
- 5. Fördern Sie Innovationskraft und technischen Fortschritt! Für Forschung und Entwicklung im Bereich der Automobilwirtschaft muss eine verlässliche und planbare Förderungskulisse etabliert werden. Hierzu zählen u.a. die Förderung von Wasserstoffantrieben und neuen Batterietechnologien mit der entsprechenden Infrastruktur, um eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Automobilwirtschaft in Europa zu sichern.
- 6. Der Ausbau von Schnellladesäulen und Stromnetzen muss massiv vorangetrieben werden. Hierfür braucht es auch ein europäisches Förderprogramm.
- 7. Der Transformationsprozess darf nicht zulasten der Bürger und Kommunen gehen.

Europa braucht eine starke, wettbewerbsfähige Automobilindustrie. Dafür ist jetzt Ihr entschlossenes Handeln gefragt.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Conradt

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken



Dr. Frank Nopper

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart





Dennis Weilmann

Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg



Simon Blümcke

Denni Ula lummy

Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen



u.a. ZF

Über 30.000

Arbeitsplätze in der

Region

Mercedes-Benz, Bosch, Porsche, Mahle, Daimler Truck AG

> Über 220.000 Arbeitsplätze in der Region

Volkswagen AG

Rund 90.000 Arbeitsplätze in der Region ZF

Rund 19.000 Arbeitsplätze in der Region

Ein breites Bündnis unterstützt die Initiative "Bürgermeister für einen starken Automobilstandort"

Zu den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern zählen:

OBin Eva Weber, Augsburg Diverse Unternehmen, 14.000 Arbeitsplätze

in Augsburg

OB Dr. Stefan Belz, Böblingen

OB Steffen Scheller, ca. 2.050 Arbeitsplätze in

Brandenburg an der Havel Brandenburg an der Havel und Region

OB Sven Schulze, Chemnitz Volkswagen AG, direkt und indirekt 10.000 Arbeits-

plätze in Chemnitz

Bm Armin Grassinger, Dingolfing BMW Group, rund 30.000 Arbeitsplätze

im Landkreis Dingolfing-Landau

OB Thomas Kufen, Essen Opmobilty, Spicer Gelenkwellenbau, TMD,

Trimet Aluminium, TK Automative Technology

rund 2.400 Arbeitsplätze

OB Michael Pfeiffer, Gaggenau Daimler Truck, über 5.000 Arbeitsplätze in der

Stadt Gaggenau

OB Harry Mergel, Heilbronn AUDI AG, Läpple Automotive GmbH, thyssenkrupp

Automotive Body Solutions GmbH, Vishay Semiconductors, Hitachi Astemo, Amphenol Automotive, XL2 by Audi & Capgemini sowie weitere Automobilzulieferer, ca. 85.000 Arbeitsplätze in der

Region Heilbronn-Franken

OB Michael Forster, Homburg

OB Dr. Michael Kern, Ingolstadt AUDI AG, über 40.000 Arbeitsplätze in Ingolstadt

Bm Karsten Mußler, Kuppenheim	Mercedes Benz AG, rund 1.200 Beschäftigte in der Stadt Kuppenheim
Bm Arne Moritz, Lippstadt	FORVIA HELLA, 11.000 Arbeitsplätze in der Region
OB Steffen Hertwig, Neckarsulm	AUDI AG, ca. 85.000 Arbeitsplätze in der Region Heilbronn-Franken
OB Marcus König, Nürnberg	
OBin Katharina Pötter, Osnabrück	Diverse Unternehmen, 4.500 Arbeitsplätze im Landkreis Osnabrück
OB Jürgen Dupper, Passau	Diverse Unternehmen, ca. 5.500 Arbeitsplätze in Passau
OBin Monika Müller, Rastatt	Mercedes-Benz, etwa 24.000 Arbeitsplätze im Landkreis
OB Patrick Burghardt,	Stellantis/Opel, rund 10.000 Arbeitsplätze in
Rüsselsheim am Main	Rüsselsheim am Main
OB Marc Speicher, Saarlouis	
OB Richard Arnold, Schwäbisch Gmünd	Robert Bosch Automotive Steering GmbH, rund 13.000 Arbeitsplätze in der Region
OB Sebastian Remelé, Schweinfurt	ZF, Schäffler, SKF, Bosch-Rexroth, rund 30.000 Arbeitsplätze in Schweinfurt und der Region
OB Dr. Bernd Vöhringer, Sindelfingen	Mercedes-Benz, mehr als 40.000 Arbeitsplätze
OB Prof. Ulli Meyer, St. Ingbert	VOIT, ca. 3.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt
Bm Kai Abruszat, Stemwede	ZF, rund 1.700 Arbeitsplätze in Stemwede
OBin Constance Arndt, Zwickau	VW, mind. 30.000 Arbeitsplätze